

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

22. August 2017

BMEIA-AT.90.13.03/0116-III.1/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kollegin und Kollegen haben am 22. Juni 2017 unter der Zl. 13640/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzung des Regierungsprogramms 2013 hinsichtlich europapolitischer Bildung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3 und 4:

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) hat sich – im Einklang mit der Bundesregierung – das Ziel gesetzt, das Vertrauen in die Europäische Union (EU) zu stärken, Wissen über die aktuellen Ziele und Politiken der EU zu vermitteln und Bewusstsein für die konkreten Vorteile und Möglichkeiten, die die EU-Mitgliedschaft jedem einzelnen bietet, zu schaffen. In Umsetzung dieser generellen Zielsetzung werden vom BMEIA eine Reihe von eigenen Projekten betrieben sowie Initiativen und Projekte Dritter aktiv unterstützt.

So gestaltet das BMEIA, u.a. gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission (EK) in Österreich und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), die Wanderausstellung „EUROPA – was ist jetzt?“. Die Ausstellung ist eine Fortsetzung der seit 2008 vom BMEIA ebenfalls mitinitiierten Wanderausstellung für Schulen „EU und Du - eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“. Die Ausstellung startete im Herbst 2014 und tourt seither durch Schulen in ganz Österreich. Sie war bisher an 210 Schulen zu sehen und wurde durch etwa 100 Veranstaltungen und Diskussionen, für welche teilweise auch Expertinnen und Experten des BMEIA zur Verfügung standen, ergänzt. Insgesamt konnten dadurch fast 30.000 Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Den Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern wird zudem begleitendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Programms „BMEIA Erleben“ wird insbesondere Schulen die Möglichkeit geboten, das Ministerium durch Besuche näher kennen zu lernen, wobei ein besonderer Fokus auf die Kommunikation zu EU-Fragen gelegt wird.

./2

- 2 -

Dabei können jährlich ca. 100 Schulbesuchsgruppen mit den Expertinnen und Experten des BMEIA über Fragen zu Europa sprechen und diskutieren. Zudem stellt das BMEIA für rund 5 LehrerInnenfortbildungsseminare zu europapolitischen Themen, die durch die ÖGfE gemeinsam mit pädagogischen Hochschulen organisiert werden, Referentinnen und Referenten bereit.

Rund 4000 Personen besuchen jährlich die Ständige Vertretung Österreich bei der EU in Brüssel und nehmen an Informationsveranstaltungen, Diskussionen, Seminaren und Besuchsprogrammen bei den EU-Institutionen teil. Wie schon in den vergangenen Jahren waren auch 2016 Bildungseinrichtungen mit insgesamt 62 Prozent die am stärksten vertretene Kategorie der vom Besuchs- und Informationsdienst der Ständigen Vertretung betreuten Besuchergruppen. Speziellen Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich, z.B. Schülervertretungsorganisationen – wie der Schülerunion oder EUPAS – und diversen Pädagogischen Hochschulen werden zudem halbtägige interaktive Workshops angeboten. Dabei werden insbesondere Lehrkräfte in ihrem Bemühen unterstützt, das Thema Europa selbst im Unterricht besser zu vermitteln.

Zudem gestaltet das BMEIA alleine oder gemeinsam mit anderen Partnern auch Publikationen zu europapolitischen Fragen, wie etwa das Handbuch „Österreich und die EU“, die Broschüre „Sie haben Recht“, die auch Schulen zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen Diskussionsveranstaltungen im BMEIA zu europapolitischen Themen wie etwa die Strategie- und Jugendgespräche, die ebenfalls einen Beitrag zur politischen und europapolitischen Bildung junger Menschen leisten.

Das BMEIA hat darüber hinaus seit 2013 32 Initiativen und Projekte Dritter mit dem Fokus auf Schülerinnen und Schüler und junge Menschen finanziell unterstützt. Diese Initiativen und Projekte setzen sich unter anderem aus altersgerechten EU-Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Reisezuschüssen nach Brüssel und Preisverleihungen zusammen.

Seit 2013 wurden neben Sach- und Personalaufwand insgesamt € 189.548,- im Rahmen europapolitischer Bildung für junge Menschen aufgewendet.

Zu den Fragen 2 und 5:

Schwerpunktsetzungen im Schulunterricht und Fragen der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern fallen nicht in die Vollziehung des BMEIA.

Sebastian Kurz

